

Antrag
(Alternativantrag)

der Fraktionen der CDU, des BSW und der SPD

zu dem Antrag der Fraktion der AfD
- Drucksache 8/3392 -

Auswirkungen durch per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) systematisch erfassen und Belastungen für Umwelt und Menschen reduzieren

Verantwortungsvoller Umgang mit PFAS: Gesundheitsschutz stärken, wissenschaftsbasierte Monitoring-Strategien ausbauen und Thüringer Innovationskraft fördern

I. Der Landtag stellt fest, dass:

1. per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen (PFAS) aufgrund ihrer Persistenz („Ewigkeitschemikalien“) sowie ihrer Akkumulation in der Umwelt und im menschlichen Gewebe eine ernsthafte Herausforderung für den Umwelt- und Gesundheitsschutz darstellen;
2. die gesundheitsschädlichen Wirkungen vieler PFAS-Verbindungen, einschließlich ihrer potenziell krebserregenden Wirkung und Einflüsse auf das Immunsystem, eine konsequente politische Auseinandersetzung und präventive Maßnahmen erfordern;
3. auf europäischer Ebene mit der REACH-Verordnung (EG) Nr. 1907/2006 bereits weitreichende Beschränkungsverfahren für PFAS-Stoffgruppen eingeleitet wurden und seit Januar 2026 durch die EU-Trinkwasserrichtlinie erstmals strenge Grenzwerte für die Summe der PFAS-Stoffe gelten;
4. der Bund durch die Neufassung der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung (BBodSchV) bereits wichtige Instrumente zur Bewertung von PFAS-Belastungen im Boden geschaffen hat, deren konsequenter Vollzug für den Schutz des Grundwassers entscheidend ist;
5. eine differenzierte wissenschaftliche Betrachtung notwendig ist, um die industrielle Wettbewerbsfähigkeit Thüringens zu erhalten, während gleichzeitig der Umstieg auf umweltfreundliche Alternativen dort forciert werden muss, wo diese verfügbar sind;
6. eine sachliche Diskussion über die Eintragspfade von PFAS unabdingbar ist, um gezielte Minderungsstrategien zu entwickeln, statt ideologisch motivierte Debatten über einzelne Technologien zu führen.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

1. die Überwachung von PFAS in Thüringen im Rahmen eines koordinierten Monitorings für Oberflächen- und Grundwasser weiter zu verstetigen und die hierfür notwendigen Laborkapazitäten sowie Analyseverfahren technisch auf dem neuesten Stand zu halten;
2. sich auf Bundesebene für eine praxistaugliche und risikobasierte Umsetzung des laufenden REACH-Beschränkungsverfahrens einzusetzen, die den Schutz von Mensch und Umwelt priorisiert, gleichzeitig aber Ausnahmen für essenzielle Anwendungen (zum Beispiel in der Medizintechnik oder bei Halbleitern) ermöglicht;
3. die Wasserversorger in Thüringen bei der Umsetzung der neuen Trinkwasser-Grenzwerte beratend und unterstützend zu begleiten, um eine flächendeckend hohe Trinkwasserqualität sicherzustellen;
4. Forschungsprojekte zur Substitution von PFAS und zur Sanierung belasteter Standorte – insbesondere unter Einbindung der Kompetenzen der Friedrich-Schiller-Universität Jena und anderer Forschungseinrichtungen in Thüringen – gezielt zu fördern;
5. die Öffentlichkeit durch transparente Informationsangebote über den aktuellen Stand der PFAS-Belastung und die laufenden Maßnahmen der Landesregierung zur Gefahrenabwehr aufzuklären;
6. in Zusammenarbeit mit der Industrie in Thüringen Transformationspfade zu entwickeln, um den Einsatz von PFAS in Produktionsprozessen schrittweise zu reduzieren und durch nachhaltige Stoffe zu ersetzen.

Begründung:

PFAS sind aufgrund ihrer einzigartigen chemischen Eigenschaften (wasser-, fett- und schmutzabweisend) in fast allen Lebensbereichen verbreitet. Ihre Langlebigkeit führt jedoch dazu, dass sie über Jahrzehnte in der Umwelt verbleiben und sich über die Nahrungskette anreichern. Die Koalition erkennt das erhebliche Gefährdungspotenzial für die menschliche Gesundheit an und befürwortet daher eine intensive parlamentarische und gesellschaftliche Diskussion über den Ausstieg aus nicht-essenziellen Anwendungen.

Im Gegensatz zu den Behauptungen in Drucksache 8/3392 ist festzuhalten, dass Windenergieanlagen nach aktuellem wissenschaftlichen Kenntnisstand keine Hauptquelle für den PFAS-Eintrag in die Umwelt darstellen. Zwar werden in geringem Umfang Fluorpolymere in Erosionsschutzbeschichtungen verwendet, deren Beitrag zur Gesamtemission ist jedoch im Vergleich zu anderen Quellen marginal.

Die tatsächlichen Hauptquellen für PFAS-Belastungen in Umwelt und Grundwasser sind:

- Feuerlöschschäume: insbesondere historische Belastungen auf Militärfeldern, an Flughäfen oder bei industriellen Übungsplätzen,
- industrielle Direkteinleitungen: Abwässer aus der Textilveredelung, der Papierbeschichtung und der Metallverarbeitung (Galvanik),
- Verbraucherprodukte: PFAS-haltige Textilien (Outdoor-Bekleidung), Lebensmittelverpackungen und Imprägnierungsmittel,
- Klärschlämme: die Aufbringung von PFAS-belasteten Klärschlämmen auf landwirtschaftliche Flächen als indirekter Eintragspfad in den Boden.

Eine seriöse Politik muss sich auf diese Hauptemittenten konzentrieren. Die Koalition setzt dabei auf den Dreiklang aus strengem Vollzug bestehender EU-Grenzwerte, Förderung von Innovationen „Made in Thürin-

gia“ zur Entwicklung von Ersatzstoffen und einem transparenten Monitoring zur Sicherung unserer Lebensgrundlagen.

Für die Fraktion
der CDU:

Jary

Für die Fraktion
des BSW:

Dr. Wogawa

Für die Fraktion
der SPD:

Merz